

Zwischen Reformdruck und Resignation

Zustand und Ausblicke der Kulturpolitik

AGNES KRUMWIEDE

Bei der Auseinandersetzung mit Wirkung und Gestaltungshorizonten der Kulturpolitik ist ebenso wie in allen anderen Politikfeldern die Sprache ein wesentlicher Faktor. Die eigentlichen Sachverhalte können sowohl erschreckend banal als auch komplex sein – im Plenum des Bundestages erhalten sie durch eine verklausulierte Sprache mit diversen Abkürzungen und Fachausdrücken oftmals eine Abstraktheit, die mitverantwortlich ist für jene viel kritisierte abgehobene Distanz zwischen Politik und Bevölkerung. Als wollten Politiker Verständlichkeit vermeiden, um beim Durchsetzen ihrer parteipolitisch oder von einer Lobby gesteuerten Interessen eine aufgeklärte Bevölkerung möglichst wenig fürchten zu müssen. Erschwert werden klare und unmissverständliche Aussagen von Politikern durch das zutiefst menschliche Bedürfnis, gemocht zu werden – in der Politik eine Quadratur des Kreises, gibt es doch zu jedem erdenklichen Thema konträre Auffassungen über die politischen Handlungserfordernisse. Wer den Gegenwind der Kritik, den Shitstorm auf sozialen Netzwerken im Internet fürchtet, hält sich in Reden oder öffentlichen Aussagen gerne an den Status quo politischer Ausdrucksweise: Je unbegreifbarer und ungreifbarer, desto unangreifbarer. In einem Interview anlässlich seines kürzlich erschienenen Buchs *Das hohe Haus. Ein Jahr im Parlament* fasst Roger Willemsen seine Eindrücke nach einem Jahr Beobachtung von Parlamentsdebatten so zusammen: »Ich fühle mich häufig unterfordert von der Rhetorik des Parlaments und überfordert durch Sachfragen.«¹ Die Sprache ist ein zentrales Machtfeld der Politik. Auch der Kulturpolitik.

Trotz eines verhältnismäßig kleinen Etats von rund einer Milliarde Euro ist der Debattenplatz zu den Haushaltsverhandlungen für die Kultur aufgrund ihrer formalen Angliederung am Kanzleramt Bestandteil der sogenannten »Elefantenrunde«. Zu diesem Zeitpunkt sind die Reihen im Plenum und auf der Presstribüne noch relativ gut besetzt – Kulturpolitik bekommt die Aufmerksamkeit, die sie verdient. In den Reden einiger Kulturpolitiker wird diese jedoch – sprachlich geprägt durch jahrelange Routine im Parlament – zu wenig genutzt und zentrale kulturpolitische Themen in parteiübergreifend konsensualen Floskeln abgehandelt. »Investitionen in Kultur sind In-

1 SWR 2, Kulturgespräch, 6. März 2014.

vestitionen in die Zukunft!«, »Kultur ist eine wichtige Ressource, deshalb fordern wir mehr Teilhabe« oder »Kreativität ist ein Motor für den Wirtschaftsstandort Deutschland, daher gilt es, Kultur effizienter zu fördern« sind Standardsätze, die so oder ähnlich in keiner Bundestagsdebatte zum Kulturhaushalt fehlen.

Diese rhetorische Einfallslosigkeit, gepaart mit einem Mangel an inhaltlichen Ideen und Vorschlägen, ist in der Kulturpolitik nicht nur deshalb um so bedauerlicher, weil die Sprache der Dichter und Denker aller Zeiten bis heute in die politische Zuständigkeit dieses Ressorts fällt. Dichter, Denker und Künstler in Deutschland sollten ihre Interessen und Bedürfnisse gut vertreten und verstanden wissen. Ihre Stimmen müssen sich auch rhetorisch wiederfinden im politischen Raum. Und ihre speziellen politischen Bedürfnisse müssen so verständlich und eindringlich formuliert werden, dass alle Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, warum diverse politische Maßnahmen oder Förderinstrumente – wie die Künstlersozialkasse oder das Urheberrecht – keine »unnötigen« Privilegien darstellen, sondern entscheidend beitragen zum Schutz und zur Förderung unserer kulturellen Vielfalt. In den kontinuierlichen Diskussionen darüber, »wieviel Kultur wir uns leisten wollen und können«, ringen Kulturpolitiker unablässig um die gesellschaftliche Akzeptanz für Kulturförderung. Die Sprache ist dabei das elementarste »Überzeugungswerkzeug«. Schlüssige und rhetorisch prägnante Argumentationen für die »Daseinsberechtigung« eines Theaters oder eines Opernhauses gehören zum Tagesgeschäft eines Kulturpolitikers ebenso wie die anschauliche Formulierung von Antworten auf die immer wiederkehrende existenzielle Frage, warum Kultur überhaupt so wichtig ist für uns Menschen, und ihre Rechtfertigung als Säule unserer Demokratie. Auch angesichts eines Damoklesschwertes wie dem transatlantischen Handelsabkommens TTIP mit seinen möglichen einschneidenden Auswirkungen auf die Kulturförderung europäischer Länder sind laute Stimmen mit eingängigen Argumenten seitens der Kulturpolitik zur Bewahrung unserer individuellen Kulturförderinstrumente gefragt.

Politik und Kunst – das war schon immer eine konfliktbeladene Paarbeziehung. Es gibt keine unpolitische Kunst. Ein Wahlkampf ohne die Unterstützung von Künstlern – angefangen bei der Gestaltung von Plakaten und dem kulturellen Rahmenprogramm bei Parteiveranstaltungen bis hin zu öffentlichen parteipolitischen Bekenntnissen prominenter Künstler – ist schwer vorstellbar. Nichts wirkt eindringlicher auf Herz und Verstand der Menschen als Musik, Bilder und Poesie. Künstler tragen mit ihren friedlichen »Waffen« somit die gleiche Verantwortung zum Erhalt unserer Demokratie, unserer Lebensgrundlagen und zum Frieden wie die Politik. »L'art pour l'art« konnten und können sich Gesellschaftsformen nicht lange »leisten«, ohne eine Revolution zu riskieren, denn dieser Ansatz repräsentiert eine Abschottung von

Kunst und gewährt Kunstschaffen und Kunstgenuss nur den jeweils Privilegierten, den Regimekonformen. Kunst ohne Interaktion mit unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten und ohne geistige und kritische Auseinandersetzung mit den politischen Herausforderungen unserer Zeit bewegt sich im luftleeren Raum. Jeder ernsthafte Künstler muss sich als interpretierend Abbildender und kreativ Gestaltender seiner Zeit zwangsläufig bewusst mit den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen auseinandersetzen, genauso wie ein Interpret mit dem historischen Kontext des jeweiligen Werkes. Während allein schon die Rhetorik im politischen Raum oder der politische Anspruch nach »Kompromisslösungen« den meisten Künstlerseelen widerstrebt, gibt es in Einzelfällen Parallelen zur künstlerischen Rhetorik.

Wenn das Unverständnis für ein Kunstwerk zum Selbstzweck und als Qualitätsmerkmal einer Elite stilisiert wird, ist das Kunstverständnis vergleichbar mit der hilflosen »Abschottungsrhetorik« im politischen Raum, erhält das »Nicht-verstanden-werden-Wollen« die gleiche Attitüde – in der Politik wie in der Kunst. Kunst ohne Empathie für Menschen, Lebewesen, Umwelt und Natur hinterlässt in der Regel keinen bleibenden Eindruck auf die Nachwelt. Ob Komponisten wie Mozart und Schumann, Maler wie Monet, van Gogh oder Grosz nun persönlich sympathische oder unsympathische Zeitgenossen waren, ist für ihre Bedeutung untergeordnet. Von herausragender Bedeutung sind die Werke großer Künstler der Vergangenheit, wenn sie uns bis heute ansprechen und berühren in ihrer unendlichen Palette menschlicher Gefühle und durch ihre einzigartigen Interpretationen unserer Natur oder des jeweiligen Zeitgeistes. Im Widerspruch dazu wurden monumentale Bauwerke seit Menschengedenken überhaupt erst möglich durch mangelnde Empathie für die zahllosen namenlosen Handwerker, die unter Schweiß und Blut ihr Leben riskierten für jene »Schönbrunn der Eitelkeit und Macht« und »Kolossalbauten der Eigensucht«² vom Petersdom bis hin zu Versailles.

Ist Kunst ohne Ausbeutung anderer oder ohne Selbstausschöpfung überhaupt denkbar? Dass ein Künstler unter existenziellem Leidensdruck stehen muss, um Großes zu erschaffen, ist ein Klischee, das sich mittlerweile im kollektiven Gedächtnis festgesetzt hat und als moralische Rechtfertigung mitverantwortlich sein könnte, dass die meisten ausgebildeten Künstlerinnen und Künstler trotz hoher Qualifikation zum sogenannten Künstlerprekariat zählen. Armut ist nicht sexy. Und wer denkt schon beim enthusiastischen Applaus für einen Sänger daran, dass er möglicherweise als Selbstständiger über die Künstlersozialkasse versichert ist und eine durchschnittliche Rentenerwartung von 420 Euro im Monat hat. Mindestens 30 Prozent der selbst-

² Fritz von Unruh, *Flügel der Nike. Buch einer Reise*, Leinen 1970, S. 63.

ständigen Kulturschaffenden erhalten keinen Zugang zur KSK, weil sie das erforderliche Mindestjahreseinkommen von 3900 Euro nicht erreichen. Tägliche Sorgen um das Bezahlen der Miete sind kein schöpferischer Ansporn. Das Leben hält genügend Inspiration für das Leiden bereit. Angemessene Bezahlung künstlerischer Arbeit wäre sicherlich kein kreativitätshemmendes Hindernis – ganz im Gegenteil.

Im Kulturbetrieb argumentieren Veranstalter von Festivals oder Intendanten gerne mit der Vertragsfreiheit – auch, wenn es hinter den verschlossenen Türen der Theater regelmäßig darum geht, die Gehälter und Gagen von Schauspielerinnen wesentlich niedriger anzusetzen als jene der männlichen Kollegen bei gleicher Leistung und Ausbildung. Je höher Ansehen und Gehalt einer Stelle, desto geringer ist der Frauenanteil im Kulturbetrieb, lediglich drei Prozent der Intendanten an Staats- und Landestheatern sind mit Frauen besetzt. Die Frauenquote an staatlichen Orchestern beträgt rund 23 Prozent – und das, obwohl Frauen mit 60 Prozent an den künstlerischen Studiengängen der Musikhochschulen in der Mehrheit sind. Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft beschädigt langfristig jedes Wirtschaftssystem. Und Diskriminierung ist eine Beleidigung für jede Gesellschaft. Diskriminierung von Frauen und Ausbeutung hochqualifizierter Künstlerinnen und Künstler kann und darf niemals mit dem Argument der künstlerischen Freiheit gerechtfertigt werden. Gegen derartige Missstände anzugehen, gehört zur zentralen Aufgabe der Kulturpolitik.

Aber welchen Gestaltungsspielraum hat sie über die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage »ihrer Klientel« hinaus? Politik darf in einem demokratischen System künstlerischer Gestaltung keine inhaltlichen Vorgaben machen. Welche Werke Künstlerinnen und Künstler mit welchen Mitteln interpretieren oder neu erschaffen, bleibt ihnen überlassen – solange sie dabei keine Grundrechte und Gesetze unseres Rechtsstaates verletzen. Wettbewerbe zur Gestaltung eines Bauwerks oder Denkmals mit thematischen Vorgaben auszuschreiben, ist Usus und kann Künstlerinnen und Künstlern als Motivation und Inspiration dienen. Wenn jedoch politische Entscheidungsträger beispielsweise einzelne Künstler bevorzugt fördern, weil diese den Regierenden politisch nahestehen oder deren ideologische Ziele künstlerisch verarbeiten, wird die Freiheit der Kunst eingeschränkt und andere Künstler mit gleicher Qualifikation benachteiligt. Um die politische Instrumentalisierung der Künste zu vermeiden, ist es daher notwendig, regelmäßig das Verfahren zur Entscheidung über Förderanträge sowie über die Vergabe von Werksaufträgen und Führungspositionen kritisch zu hinterfragen. Politik sollte Kunst als Reflexion und Spiegel der Auswirkungen ihres Handelns begreifen – nicht umgekehrt. Als künstlerische Inspiration taugt Politik im besten aller Fälle nicht. Aber die Impulse und die Kritik kreativer Köpfe gehören zu den besten Inspirationen für die Politik.

Politiker gehören der einzigen Berufsgruppe an, in der über Nacht Experten geboren werden. Dass diese es in dem ihnen zugeteilten Fachbereich meistens von heute auf morgen nicht sind, erschließt sich von selbst. Wer seine Wissens- und Erfahrungslücken ständig mit Kompetenzvortäuschung tarnen muss, ist nicht davor geschützt, auf »falsche« Berater und Lobbyinteressen hereinzufallen. Aber Angst vor Lobbyismus darf nicht mit Beratungsresistenz verwechselt werden. Der rege Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Experten gehört zum Alltag eines jeden Politikers. Sich in öffentlichen Anhörungen und runden Tischen Meinungen einzuholen, Fragen zu stellen und offen zu sein für unterschiedliche Auffassungen, dient dem Ringen um die beste politische Lösung mehr, als die jeweiligen Akteure mit Entscheidungen vor den Kopf zu stoßen, die hinter verschlossenen Türen getroffen wurden.

Die Last der Entscheidungshoheit wiegt schwer. Im Kulturbetrieb wie in der Kulturpolitik sind einschneidende Veränderungen häufig auf Haushalts-einsparungen zurückzuführen. So soll beispielsweise die geplante Fusion der beiden SWR-Rundfunkorchester zweieinhalb Millionen Euro pro Jahr einsparen (dass dem nicht so sein wird und die Folgekosten eines solch einzigartigen »Streichkonzertes« deutlich höher ausfallen werden, ist mittlerweile bekannt). Was Menschen am Herzen liegt, werden sie verteidigen. Über 30 000 protestierten mit ihren Unterschriften allein im Landesteil Baden gegen diese geplante und in der Geschichte der Bundesrepublik mutmaßlich gravierendste Orchesterzerschlagung. Selten bejubelt der Mensch das Bestehende, laut wird es meist erst beim drohenden Verlust. Die jüngsten Protestaktionen und Petitionen zu diversen kulturpolitischen Themen mit zahllosen Unterstützern zeigen: Künstlerinnen und Künstler sind gemeinsam mit ihrem Publikum ein kluges kollektives Korrektiv, deren Bedenken von Entscheidungsträgern nicht ohne weiteres beiseitegeschoben werden dürfen. Es geht dabei nicht um die uneingeschränkte Befürwortung eines Populismus, der Entscheidungen konzeptions- und orientierungslos nach vermeintlich lautstarken Mehrheiten ausrichtet. Aber im Unterschied zu Bauvorhaben vom Windrad bis zum Einkaufszentrum gibt es bei den nicht-investiven Maßnahmen der Kulturpolitik kein Einspruchsrecht der Anlieger. Abgesehen von vereinzelt Möglichkeiten zur Verfassungsklage übernehmen dieses »Einspruchsrecht« hier ausschließlich die Menschen mit ihrem Protest gegen die Schließung oder gegen gravierende Veränderungen an einer liebgewonnenen Einrichtung.

Auffallend häufig sind es die klassischen Kulturinstitutionen und der Klassikbetrieb an sich, die den »innovativen« Geist und den Reformwillen des eher linken politischen Lagers provozieren. Schließlich wurde mit der Klampfe im Soziokulturzentrum oder dem Rock 'n' Roll bildhaft einst das klassische Establishment zerschlagen. Wobei »die Klassik« dabei keines-

wegs nur »Opfer« einer linken Nostalgie ist. Nein, diese Dissonanzen sind durchaus auch »selbstverschuldet«: Ausgerechnet bei den prestigeträchtigen Bayreuther Festspielen beispielsweise herrschte jahrzehntelang ein Missmanagement sondergleichen, aufgrund dessen trotz hoher staatlicher Förderung die meisten Bürgerinnen und Bürger ohne »Beziehungen« bis zu zehn Jahre auf eine Eintrittskarte warten mussten, während teilweise nicht einmal Sozialabgaben für die Musiker des Festivals geleistet wurden. Insgesamt gab es im klassischen Kulturbetrieb Tendenzen zur elitären Abschottung. In den vergangenen Jahrzehnten wurde und wird vereinzelt immer noch sträflich versäumt, Menschen ohne »höhere« Bildung aus sozial schwachen Kreisen von Jung bis Alt in intellektueller und finanzieller Hinsicht besseren Zugang zu verschaffen. Gemäß Artikel 27 der Menschenrechte von 1948 ist die Teilhabe an Kultur ein Recht jedes Menschen. Es ist kein Eingriff in die künstlerische Freiheit, wenn seitens der Politik die Forderung laut wird, alle staatlich geförderten Museen, Orchester, Theater- und Opernhäuser mögen ihren Auftrag zur kulturellen Vermittlung dahingehend erweitern, Konzepte zu entwickeln, damit sich alle Gruppen unserer Gesellschaft mit den Angeboten staatlich geförderter Kultureinrichtungen stärker identifizieren können.

Abgesehen von den genannten möglichen konkreten Ursachen für Missstimmungen zwischen Politik und »klassischer« Kultur ist eine Überwindung dieser oftmals politisch motivierten Grabenkämpfe zwischen »U« und »E«, zwischen »freier Szene« und etablierten Kultureinrichtungen längst überfällig. Es gibt keine florierende freie Szene ohne die etablierten Einrichtungen. Wo ein Opernhaus oder eine Musikhochschule ansässig ist, befinden sich folglich auch gute Gesangslehrer oder Instrumentallehrkräfte, sind gute Orchestermusiker verortet, die in ihrer freien Zeit an Projekten oder in Bands der freien Szene mitmischen. Wo ein Theater steht, sitzen die Ensemblemitglieder abends in den Kneipen, tauschen sich mit regionalen Kulturbegeisterten, Künstlerinnen und Künstlern aus. Gemeinsam werden Projekte, Initiativen für jugendkulturelle Aktivitäten und Festivals auf die Beine gestellt. Oft handelt es sich dabei um »Low-Budget«-Projekte, eine Beteiligung daran könnten sich die meisten »Profis« ohne ihr festes Monatsgehalt durch das Theaterengagement gar nicht »leisten«. Die Theaterschauspieler vermischen sich mit ihren Kollegen ohne Festanstellung oder ohne professionelle Ausbildung – die »freie Szene« einer Stadt entwickelt sich weiter. So wünschenswert eine Stärkung öffentlicher Förderung von Kooperationen zwischen »freien« Künstlerinnen und Künstlern mit den Kulturinstitutionen, so begrüßenswert jede Initiative ist, die »freien« Projekten zur Bewilligung von Fördermitteln verhilft: Wer sich beim Rotstift für hochrangige Klangkörper oder Musikhochschulen eine Wohltat durch mehr Haushaltsmittel für die freie Szene oder Pop- und Jugendkulturen verspricht, begeht einen fatalen Fehler. Kürzungen bei der institutionellen Kulturlandschaft beschädigen gleichzeitig

auch die freie Szene. Die Kulturszene ist ein organischer, sensibler Kosmos. Wer einen Arm abschneidet, riskiert eine Vergiftung des gesamten Systems.

Wer Vielfalt möchte, muss eben auch vieles fördern. Innovativ kann nur sein, wer die institutionellen Bewahrer unseres kulturellen Gedächtnisses genauso schätzt und fördert wie das, was neu entsteht. Dieses Gleichgewicht zu wahren, funktioniert nicht ohne mehr Mittel in den Haushalten für Kultur, zumal unter der Voraussetzung, dass die ausführenden Künstlerinnen und Künstler beziehungsweise Lehrtätigen noch besser als bisher für ihre Arbeit honoriert werden müssten. In diesem Zusammenhang darf nicht unerwähnt bleiben, dass Kulturfinanzierung gerade einmal ein bis zwei Prozent der öffentlichen Haushalte ausmacht. Mit Einsparungen bei der Kultur lässt sich kein Haushalt sanieren. Ein radikales Umdenken für mehr Bewusstsein zugunsten der Bedeutung kulturpolitischer Belange, einhergehend mit einem Agreement aller Bundesländer für die Aufstockung der Kulturetats, könnte unser Zusammenleben auf allen Ebenen revolutionieren. Kunst und Kultur sind die Nervenbahnen unserer Gesellschaft. Empathie für die Belange des anderen, Fantasie und Mut zur Veränderung für eine bessere Welt strömen durch diese Bahnen und sind abhängig von einer kulturpolitischen Gestaltung, die solche Zugänge ermöglicht. Wären Anreize zur künstlerischen Aktivität durch motivierte und motivierende Vermittler von der Kita bis hin zum Wirtschaftsunternehmen Bestandteil unseres Selbstverständnisses in Bildung, Ausbildung und Berufsleben – neue gesellschaftliche Paradigmen über das individuelle Glück, über persönlichen Reichtum und Wachstum würden politische Entscheidungen prägen. Zugunsten eines Systems, das die emotionalen, sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse des Menschen und seiner Umwelt vor die Interessen von Wirtschaftskonzernen stellt.

Ganz unabhängig von der Höhe des Kulturetats in Bund, Ländern und Kommunen wird dessen Verteilung niemals zu einer leichten Aufgabe für die mit den Haushältern verhandelnden Kulturpolitiker. In der Entscheidung über die Bewilligung von Förderanträgen bewegt sich Politik stets auf dünnem Eis – eine qualitative Beurteilung liegt oft nicht in ihrer Kompetenz und steht ihr im Übrigen auch gar nicht zu: Sinkende Zuschauerzahlen an geförderten Institutionen mögen ein Seismograph sein, aber bei erstmalig geplanten Projekten und Festivals kann diese Größe nur spekulativ erfasst werden. Vielfalt fördern heißt außerdem auch, Angebote für Nischen zu berücksichtigen – ein kleines Jazz-Festival, ein Poetry-Slam-Wettbewerb oder die Inszenierung einer zeitgenössischen Oper. Denn öffentliche Förderung hat die Aufgabe, insbesondere auch das zu fördern, was sich (noch) nicht alleine wirtschaftlich bewährt. Kultur- und Haushaltspolitiker sind um diese Entscheidungen nicht zu beneiden, ist es doch ungleich leichter, den »Bedarf« an Kita-Plätzen und Straßenreparaturen einer Kommune zu ermitteln als den »Bedarf« an Kulturförderung. In der Kulturpolitik ist Weitblick gefragt, die

Bereitschaft zu öffentlichen Gesprächen mit Experten, um die Haushaltsmittel möglichst bedarfsgemäß, qualitativ berechtigt und gleichberechtigt auf alle Sparten und Bereiche zu verteilen.

Mandatsträger müssen jedoch nicht nur ihr fachliches Ressort im Griff behalten, sondern repräsentieren das gesamte parteipolitische Profil. Selbst bei großer Liebe zu Kunst und Kultur wird diese nicht selten auf dem Altar der erhofften Wiederaufstellung geopfert, anstatt sich die Zähne auszubeißen an Haushältern und den hippen Netzpolitikern, die gerne das Urheberrecht zur Schlachtung preisgeben wollen. Wenn die Liebe zum finanziell gesicherten Selbsterhalt per Mandat und der Wunsch nach greifbaren Erfolgen überwiegen, greifen vor allem Kulturpolitiker in Regierungsverantwortung gerne auf das Naheliegende zurück, um sich Wählerinnen und Wählern ins Gedächtnis zu rufen: Sie treten mit neuen investiven Maßnahmen in Erscheinung, für deren Volumen nicht nur die gesamtdeutschen Opernhäuser sondern auch zahllose Projekte der freien Szene »subventioniert« werden könnten. Der Vorteil investiver Profilierungsprojekte liegt auf der Hand. Die Öffentlichkeitswirksamkeit von Wettbewerbsentscheidungen für den Bau eines Denkmals oder Grundsteinlegungen für Schlösser und Konzerthäuser ist leicht zu erringen und mit viel Glück kann der dafür verantwortliche Kulturpolitiker sogar das Denkmal einweihen oder die Eröffnungsrede halten. Auch die Auflegung zeitlich begrenzter neuer und »innovativer« Programme und Projekte ist beliebt, wobei die nachhaltige Wirkung von gut gemeinten Programmen, selbst wenn sie konzeptionell gelingen, nach Ablaufen der Förderung meist nicht gewährleistet ist. Nichts jedenfalls scheint für kulturpolitische Entscheidungsträger weniger attraktiv zu sein als Plädoyers für die Bestandswahrung dessen, was schon ist. So ist es letztendlich eine Kombination aus persönlicher Eitelkeit, Existenzängsten und Zeitdruck – bedingt durch Wahlperioden –, die einer vorausschauenden Kulturpolitik im Weg steht.

Entscheidungsträger in Verbänden, Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie die Journalisten des Kulturbereichs teilen heutzutage dasselbe Schicksal. Aufmerksamkeit zu erregen, scheint angesagter als fleißige Arbeit am Erhalt des Status quo im Hintergrund. Innovation wird zum Totschlagargument gegen alle Kritiker geplanter Veränderungen, so unsinnig und kontraproduktiv sie auch sein mögen. Eines der spektakulärsten Beispiele dafür ist aktuell die geplante UKW-Abschaltung von BR-Klassik. Das Ziel, mehr junge Menschen für Klassik auf digitalem Weg zu erreichen, wird konterkariert durch das Ersetzen des Klassiksenders durch den Jugendkanal »Plus« auf UKW. Eine hirnrissige Missachtung der Hörer- und Hörerinnengewohnheiten: Die ältere Generation der »Nicht-Digital-Natives« mit ihrer verbreiteten Vorliebe für Klassik wird aufs Internet verwiesen, während die jungen Leute einen Radiosender mehr dazubekommen – als gäbe es nicht schon vielfältige Angebote an junges Publikum allein auf den Programmen BR 2 und BR 3; ob

junge Leute heutzutage noch außerhalb des Autos regelmäßig das Radio dem Internet bevorzugen, sei ohnehin dahingestellt. Bereits wird hinter vorgehaltener Hand in der Konsequenz dieser Entscheidung um den Fortbestand des BR-Klangkörpers gefürchtet, das Schicksal der SWR-Klangkörper präsent vor Augen.

Neue Wege zu beschreiten, muss nicht zwangsläufig darin bestehen, mit dem Brechisen funktionierende Strukturen zu zerschlagen. Woran es fehlt, sind langfristige Visionen und deren schrittweise Umsetzung gemeinsam mit allen Akteuren. Die diesbezügliche »Schwäche der Kulturpolitik« mag formale Gründe haben, so stößt beispielsweise eine stärkere Gestaltungsmacht der Bundeskulturpolitik allein schon durch die Kulturhoheit der Länder an ihre Grenzen. In erster Linie liegt ihre Schwäche in Kommunen, Ländern bis hin zum Bund schlicht und ergreifend darin begründet, dass die Wertigkeit ihrer Inhalte in Politik und Gesellschaft nicht genügend anerkannt wird.

Es besteht ein großer gesellschaftlicher Konsens über die Defizite des Bildungssystems, einschließlich des sogenannten Kooperationsverbotes. Momentan werden die Bildungsinhalte an den Schulen einzig und allein in Wertungszusammenhänge gesetzt, Lernziele orientieren sich hauptsächlich an funktionalen Anforderungen und der Messbarkeit von Leistungen. Einschlägige Bildungs- und Schulleistungsstudien wie die PISA-Studie, welche künstlerische und kreative Leistungen nicht berücksichtigen, untermauern ein utilitaristisches Bildungsziel, das künstlerische Tätigkeit ebenso vernachlässigt wie außerschulisches soziales oder politisches Engagement.

Auf allen Ebenen gibt unser System jungen Menschen vor, sich möglichst schnell immer mehr Wissen anzueignen. Erklärtes Ziel ist, möglichst schnell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen und das Bruttoinlandsprodukt zu steigern. In einem System, das auf die Ökonomisierung menschlicher Leistungen setzt, werden Kunst und Kultur nicht als »systemrelevant« anerkannt. Es wäre ein Paukenschlag, würden Stiftungen, Verbände und Kultusministerkonferenz an einem Strang ziehen und ein bundesweit einheitliches Gesamtbildungskonzept entwerfen, das künstlerische Aktivitäten im Bildungssystem auf die gleiche Stufe stellt mit den Naturwissenschaften und Sprachen. Das jungen Menschen genügend Zeit und Raum lässt zur individuellen Entwicklung und Bildungseinrichtungen als Orte des Lernens und Spielens gestaltet, in denen Kinder und Jugendliche ihre individuellen Neigungen ausloten können – mit Kopf, Herz und Hand.

Entscheidend dafür wäre die Entwicklung ganzheitlicher Methoden mit spielerischen Elementen: Theaterpraxis in Kombination mit dem Sprachunterricht; haptische Erfahrungen in der Natur oder durch Kunst als unterstützende »Lernhilfe« der Naturwissenschaften; Musikunterricht, der den abstrakten Fokus auf trockener Theorie hinter sich lässt und die Elemente Harmonielehre und Gehörbildung mit der Instrumentalpraxis verbindet ...

Auch zur erfolgreichen Umsetzung von Inklusion und Integration wäre ein solches Gesamtbildungskonzept geeignet. Angesichts der langsam und zäh mahelnden Mühlen der Politik, der Macht menschlicher Gewohnheit und jahrzehntelanger Anpassung an ein ökonomisiertes Leistungssystem scheint eine Realisierung dieser Vision in weiter Ferne. Aber ohne Visionen, ohne den Mut zu Konsequenzen aus offensichtlich verfehltm Denken und Handeln ist die Gestaltung einer besseren Zukunft für nachfolgende Generationen nicht möglich. Der Philosoph Rupert Sheldrake fand in seinem Werk »Die Seele ist ein Feld, der Dialog zwischen Wissenschaft und Spiritualität«³ sehr plastische Worte zur Beschreibung der Notwendigkeit eines drastischen Wandels in Bildung und Erziehung:

»Das menschliche Herz ist unendlich in seiner Liebesfähigkeit, aber es hängt vom Verstand ab, ob es täglich mit liebenswerten Dingen genährt wird. Wenn der Verstand aussetzt oder sich verschließt, dann erstarrt das Herz, weil es keine neuen Objekte der Freude geboten bekommt, die es regelmäßig preisen kann.

Die menschlichen Hände in Verbindung mit der menschlichen Phantasie erzeugen eine unendliche Vielfalt an Artefakten – das ist Kreativität. Von den ersten Höhlenmalereien an bis zum heutigen Tag haben keine Künstler dasselbe Bild geschaffen, keine zwei Musiker dasselbe Lied komponiert, keine zwei Tänzer denselben Tanz choreographiert und keine zwei Töpfer denselben Gegenstand getöpfert. Hier haben wir es also mit einem Modell der Erziehung zu tun, das die Habgier bekämpfen und uns eine ganz neue Richtung weisen wird. Es wird den Geist mit all seinen Fähigkeiten entwickeln, die rechte und die linke Hirnhälfte und damit auch den Körper und das Herz:

Das Herz zu entwickeln bedeutet Körperarbeit, die Phantasie zu entwickeln bedeutet Kunst oder Kreativität. Ich glaube nicht, dass das kompliziert ist. Schulen auf allen Ebenen der Gesellschaft müssen sich nach unserem Modell richten, da diejenigen Modelle, die immer noch maßgebend für uns sind, den Planeten und uns alle gefährden!«

Summary

Between Reform Pressure and Inner Resignation: The Present Situation and Future Prospects in Cultural Policy – This text offers a cultural politician's perspective on the current problems and tasks for an approach to cultural policy and education in Germany that prioritises the inherent value of creativity. In doing so, it points out disastrous developments and structural deficits, and also makes the case for more self-confidence among those who create and contribute to culture.

3 Rupert Sheldrake, *Die Seele ist ein Feld, der Dialog zwischen Wissenschaft und Spiritualität*, München 1998, S. 192 f.